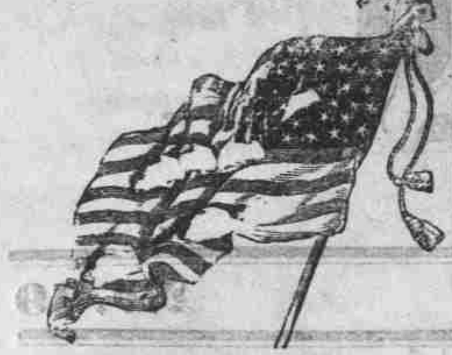
Tennessee
Staats-Zeitung



Offizielles Organ des Lookout Mountain Turn-Bezirks.

OFFICIAL ORGAN FOR THE STATE, COUNTY AND CITY.

Herausgeber: John Ruhm.

Freitag, den 7. August 1868

National-Republikanische Candidaten:

Ulysses S. Grant
für Präsident.

Schuyler Colfax
für Vice-Präsident.

Rundschau.

Wichtige Ereignisse für unsren Staat haben sich in dieser Woche zugetragen, welche wir unsren Lesern vorzulegen hatten. Wie Tennessee von den südlichen Staaten, die sich von der Union losgesagt hatten, der erste war, welcher wieder in den Staatenbund eintrat — Dank den patriotischen Bemühungen des Gouverneurs, der Legislatur und der loyalen Bürger—, so auch zeigte sich hier der erste Schritt der ehemaligen Rebellen, um eine Versöhnung anzubahnen. Alles schien im besten Gange zu sein, als plötzlich Nachrichten einliefen, welche den entschiedenen Gegnern der Wiederverleihung des Stimmrechtes an die bei der Sezessionsbewegung Betheiligten neuen Grunde gaben, diese Maßregel für das Erste noch zu verschieben, da man sich überzeugt hielt, daß erst gewichtigere Beweise vorliegen müssen von der aufrichtigen Gesinnung der ehemaligen Conföderirten, ehe man ihnen eine Betheiligung an der Staatsregierung gestatten kann.

Eine Rede des conföderirten Generals Quarles in Paris Tenn., in welcher er sich in bitterer Weise gegen den Gouverneur, die Legislatur und den General George H. Thomas aussprach, während er in den Conferenzen mit dem Militär-Comite der Friedlichste unter den Friedlichen war, sowie neue Gewaltthaten gegen Farbige in einigen Counties machten einen entschieden ungünstigen Eindruck auf unsre Gesetzgeber und die Folge davon war, wie gesagt, die Ablehnung der Legislatur, die Abänderung der gegenwärtig bestehenden Wahlgesetze jetzt in Erwägung zu ziehen. Dieselbe wurde mit der entscheidenden Majorität von 54 gegen 14 Stimmen beschlossen.

Wir hoffen aufrichtig, daß sich die Mißvergnügten durch diesen Beschluß nicht etwa zu vermehrter Unzufriedenheit hinreißen lassen, sondern daß sie durch Thaten beweisen, wie ernstlich sie für Frieden gesinnt sind und wie fest ihr erklärter Wille ist, die Regierung in Aufrechterhaltung von Gesetz, Ruhe und Ordnung zu unterstützen.

Der Wahlkampf hält unsre Bürger in fortwährender Aufregung. In Volksversammlungen und in der Presse werden die Verdienste der verschieden Candidaten hervorgehoben und Alles blickt mit Spannung dem Zeitpunkte entgegen, wo die Nation den großen Urtheilsspruch fällen soll. Mit jedem Tag werden die Aussichten auf einen glänzenden Sieg der republikanischen Candidaten besser und es giebt sicherlich nur Wenige, die ernstlich daran zweifeln, daß Grant und Colfax die überwiegende Majorität als Präsident und Vice Präsident unsrer Republik erhalten werden.

Im alten deutschen Vaterlande gewinnt trotz allem partikularistischem Geschrei die Ueberzeugung täglich mehr Grund, daß die Einigung nur noch eine Frage der Zeit ist. Die Wormser Lutherfeier, die Festlichkeiten zu Ehren des allgemein beliebten würtembergischen Abgeordneten Völk beim Zollparlamente und der immer mehr wachsende Einfluß der Nationalliberalen geben deutliche Fingerzeige von dem Entschwinden sektioneller Vorurtheile.— Noch immer ist es die Situation des Papstes, welche die allgemeine Aufmerksamkeit in Europa wach erhält. Seine Stellung wird jeden Tag kritischer, denn auch mit Frankreich droht ein Bruch, wie er bereits mit Italien und Oestreich besteht. Werden ihm die Herren Doctoren im ökumenischen Concil ein gutes Rezept verschreiben? — oder wird im Dezember 1869, wo sich die Heilkünstler versammeln sollen, noch ein Papst in Rom existiren? Unsre Zeit marschirt mit Dampf und Blitz und Niemand kann bestimmen, wie lange die Lösung der römischen Wirren auf sich warten lassen wird, aber sicher ist es, daß sie in keinem anderen Sinne, als in dem der Freiheit und der Humanität erfolgen kann!

Die Wahlrechtsfrage.

In Folge der versöhnlichen Schritte Seitens der conföderirten Generäle, die eine äußerst freundliche und vertrauensvolle Aufnahme bei dem Miliz-Comite der Legislatur fanden, konnte man hoffen, daß mit Einführung des allgemeinen Stimmrechtes alle Spuren der einstigen unseligen Zwiste verschwinden würden. Die Legislatur war offenbar eher günstig dafür gestimmt, als plötzlich in Gestalt einer Rede des Gen. Quarles, der in den Conferenzen von Versicherungen seiner friedlichen Gesinnungen überfloß, sich ein ganz ande er Geist erhebt und die Friedenshoffnungen verdüstert. In dieser in Paris Tenn. gehaltenen Rede überschüttet er Gouv. Brownlow und Gen. George H. Thomas mit den bittersten, feindseligsten und—ungerechtesten Anschuldigungen, die sich erdenken lassen. Dieser Umstand, sowie die Nachrichten über abermalige Gewaltthaten der Kuklux-Männer, welche bei Gallatin einen Neger aufhingen und in Lincoln County einen todtschlugen, verbreiteten einen Gifthauch über das angebahnte Friedenswerk.

In der gestrigen Sitzung des Hauses unsrer Legislatur wurde die von 4000 Bürgern unterzeichnete Petition um Wiederverleihung des Stimmrechtes überreicht und Richter Shackelford und Ex-Gouv. Foote wurden eingeladen, sich über dieselbe auszusprechen. Sie drangen auf Annahme der Maßregel aus Gründen der Zweckmäßigkeit und der Gerechtigkeit und gaben die heiligsten Versicherungen des Friedens und der Aussöhnung.

Die Thaten des Kuklux-Klans wurden ihnen vorgehalten und Repr. Hamilton verlangte thatsächliche Beweise ihrer Friedensliebe, indem sie bewirkten, daß solchen Gesetzlosigkeiten ein Ende gemacht werde.

Eine Botschaft des Gouverneurs nebst einem Vorschlag von John M. Lea, das Wahlrecht allgemein zu machen und zu dem Zwecke die damit verbundene Abänderung der Constitution einer Convention zu unterbreiten, wobei die Abschaffung der Sklaverei und Stimmrecht der Farbigen als unwiderruflich anerkannt werden, wurde vom Vorsitz überreicht.

Die Theilnahme an der Kuklux-Organisation wurde bei $1000 Geld- und 5jähriger Gefängnißstrafe verboten.

Es steht zu erwarten, was die Legislatur beschließen wird. Alles kömmt darauf an, wie man sich auf der Seite verhalten wird, welche das Wahlrecht zu erlangen wünscht und welche Tragweite die obenerwähnten unglücklichen Zwischenfälle haben werden.

Die nationale Finanzverwaltung.

Aus dem Berichte des Steuer-Commissioners Wells geht hervor, daß die Verwaltung der Finanzen uns die Aussicht auf eine ehrenhafte und sichere Tilgung der Nationalschuld verbürgt. Dem Bericht zu Folge betragen die Einnahmen im Rechnungsjahre vom 1. Juli 1867 bis zum 30 Juni 1868 $406,300,000, während die Ausgaben, worin die Verzinsung der Nationalschuld mitbegriffen ist, die Summe von $371,550,225 erreichten. Es bleiben also ein Ueberschuß von $34,749,777 übrig. Bei den großartigen Ersparnißen, welche der Congreß angeordnet hat und womit er sich sicherlich den herzlichsten Dank des Landes verdient hat, kann es nicht fehlen, daß der Steuerdruck sowohl als die Schuldenlast in kurzer Zeit wesentlich vermindert werden müssen. So sind die Ausgaben für das Marine-Departement auf $17,300,000 beschränkt worden, während dieselben 1865 noch $122,567,776 ausmachten! Endlich hat der Congreß eine Steuererleichterung von $80,000,000 eintreten lassen, die Fundirungsbill setzt den Zinsfuß auf 4 und 4½ pro Cent für die Nationalschuld fest und bestimmt die Einnahmen aus den Einfuhrzöllen, $140,000,000 zur Bezahlung der Zinsen und zur allmähligen Tilgung der nationalen Schuld.

Eine großartige Thätigkeit, fürwahr! Wenn sie auch nicht von allen Finanzmännern mit gleicher Anerkennung bewillkommnet worden ist, so liefert sie doch jedenfalls den Beweis von dem Eifer unsrer Volksvertreter, dem Volk die Lasten von den Schultern zu nehmen und das Gespenst einer Bankerotterklärung in Form einer Repudiation für immer zu verscheuchen. Wie nun verhalten sich die zahllosen Anklagen der Demokraten gegen die republikanische Partei ob der „beispiellosen Geldverschwendung" derselben? Die Demokraten behaupten, noch nie habe eine Regierung solche Summen verausgabt, wie die republikanische und die Schulden- und Steuerlast, über welcher das Land seufzt, seien die Resultate der Regierung durch die republikanische Partei. Es ist allerdings wahr, daß noch keine Regierung der Ver. Staaten solcher Summen zu ihren Ausgaben bedurfte, aber die Frage ist lediglich ob diese Ausgaben nöthig und durch wen sie veranlaßt waren? Sicherlich wird die demokratische Partei wenigstens soviel Gerechtigkeitsgefühl manifestiren und die Veranlassung zu diesen Ausgaben auf sich nehmen, da der Bürgerkrieg, wenn er überhaupt einer Partei zur Last fällt, jedenfalls der demokratischen Partei zugewiesen werden muß, um ihn zu verantworten und folglich auch die aus ihm hervorgegangenen Consequenzen.

Wenn, wie nicht zu bezweifeln, im November die republikanischen Candidaten als Spitzen der Regierung erwählt werden, so erhalten wir neue Bürgschaften für eine strenge, sparsame und weise Finanzverwaltung, da wir an Gen. Grant seinen Eifer und sein Talent in Herbeiführung zweckmäßiger Ersparniße bereits zur Zeit seiner intermistischen Verwaltung des Kriegsdepartements zu bewundern Gelegenheit hatten. War überhaupt die republikanische Partei allein fähig, die ungeheuren Mittel herbeizuschaffen, welche die Nation zur Sicherung ihrer Existenz und zum Neubau ihrer Verhältniße bedurfte, so ist sie es auch allein, welche die drückende Last von Schulden und Steuern dem Volk wieder abzunehmen vermag.

Versöhnende Schritte.

Es ist stets erfreulich, Eintracht und Frieden in einem Lande wieder einkehren zu sehen, wo seit langer Zeit Hader und Zwietracht geherrscht haben. Daß Bürger eines und desselben Landes über politische Tagesfragen in Streit gerathen, daß aus den Meinungsverschiedenheiten und ihrer hartnäckigen Behauptung Blutvergießen und selbst Bürgerkrieg entstehen mag, lehrt uns die Geschichte aller Zeiten und die unserer neuesten Zeit in's Besondere und daß dann die Nachwehen eines Krieges Manches mit sich bringen, was den Betroffenen in seinem Innersten wehe thun und ihn kränken muß, läßt sich, wie wir das Beispiel an unseren Südstaaten sehen, unmöglich vermeiden.

Unmöglich konnte nach Niederwerfung der Rebellion den Anstiftern und Theilnehmern an derselben eine Stimme in der Reconstruktion der aufständischen Staaten ertheilt werden und wir sind geneigt zu glauben, daß die Intelligenteren unter den Rebellen solches auch recht wohl eingesehen und sich dabei beruhigt haben, glauben auch, daß überhaupt die große Masse im Süden dieses Gefühl mehr oder weniger getheilt haben würde, wenn nicht grade von Dem welchem eine schleunige Wiedererweckung und Pflege brüderlicher Gesinnungen am meisten oblag, dem Präsidenten der Ver. Staaten, Alles gethan worden wäre, um in den Südländern falsche Hoffnungen und unbegründete Ansprüche hervorzurufen.

Es ist allgemein bekannt, welche Zustände in unserem Staate herrschten. Leben und Eigenthum waren fortwährend in Frage gestellt, Mißhandlungen, Mordthaten, gewaltsame Verbannungen und Beschimpfungen waren an der Tagesordnung, die wildesten Gerüchte hielten das Publikum in fortwährender Aufregung und es konnte daher nicht fehlen, daß alle wohlgesinnten Bürger ohne Unterschied der Parteistellung eine Aenderung dieser abnormen Zustände herbeiwünschten. Unser Gouverneur hielt es für seine Pflicht, zur Unterdrückung der geheimen Organisationen, wie überhaupt aller Verüber offener und geheimer Gewaltthaten, eine Miliz in's Leben zu rufen, um die Bewohner des Staates zu beschützen. Die Legislatur, in außerordentlicher Sitzung versammelt, hatte eben die nöthigen Vorbereitungen getroffen, um die Berathung über die in der Botschaft des Gouverneurs gemachten hochwichtigen Vorschläge aufzunehmen, in vielen Herzen erwachte die ernstliche Besorgniß, daß eine Miliz Anlaß zu blutigen Zusammenstößen geben und einen neuen Bürgerkrieg inauguriren dürfte und wie begründet oder unbegründet der gleichen Ansichten sein mochten, so sah doch ein Jeder die ganze Sachlage als äußerst ernst und vielbedeutend an, kurz, das Wohl des Staates schien an einem Faden zu schweben, — da erwachte glücklicher Weise in einer Anzahl prominenter Mitglieder der ehemaligen conföderirten Armee der glückliche Gedanke, Schritte zu einer aufrichtigen Versöhnung zu thun, indem sie offen und frei ihre Anerkennung der bestehenden Gewalten und ihre Bereitwilligkeit, sich ihnen zu unterwerfen und nach Kräften für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung an geeigneter Stelle aussprachen.

Die schriftliche Erklärung an die Legislatur trägt, wie wir gern anerkennen, den Stempel einer offenen Männlichkeit und wir wünschen von ganzem Herzen, daß die von derselben diktirten Worte Anklang in den Herzen aller ehemaligen Rebellen finden werden, sowie, daß sie ihren Führern, welche sie während eines blutigen Krieges geleitet haben, nun auch auf dem Marsche nach einer friedlichen Aussöhnung folgen mögen. Die ganze Verhandlung zwischen dem Miliz-Comite der Legislatur und den conföderirten Generälen, welche das Friedenswerk unternahmen, finden unser Leser an anderer Stelle.

Hoffentlich hat dieser erste thatsächliche Schritt zur Versöhnung, welcher seitens der einstigen Gegner und Bekämpfer unserer glorreichen Union geschehen ist, die segensreichsten Folgen, dann wird auch der an die Legislatur gerichtete Wunsch, daß alle Bürger des Staates wieder in ihre Rechte eingesetzt werden, ein geneigtes Gehör finden und der Zeitpunkt nicht mehr fern sein, wo die letzte Erinnerung an Rebellion und Bürgerkrieg auf immer verschwunden ist. Mögen vor Allen die Blätter aller Farben eine eben so versöhnliche Sprache führen und zum Frieden, zur herzlichen Mitwirkung an dem großen Werke der Ausgleichung ermahnen. Ist es die Pflicht jedes einzelnen Bürgers, seine Kräfte in dieser Richtung zu verwenden, wie viel mehr also die zu so Vielen sprechender Organe!

An die sofortige Einberufung einer Miliz glaubt man jetzt nicht mehr. Es wird eine solche Maßregel lediglich davon abhängen, wie weit es den Bürgern für Ruhe und Ordnung, den conföderirten Generälen, möglich sein wird, durch ihren persönlichen Einfluß den Frieden aufrecht zu erhalten. Wir wünschen ihnen den besten Erfolg.

Zurechnungsfähigkeit.

Für Aerzte wie für Rechtsgelehrte war es von jeher in Criminalfällen eine äußerst schwierige Aufgabe, über die Zurechnungsfähigkeit eines Menschen zur Zeit der Verübung eines Vergehens oder Verbrechens zu urtheilen. Allgemeine Regeln lassen sich selbstverständlich gar nicht aufstellen, sondern jeder einzelne Fall muß speziell und auf das Gründlichste untersucht und bestimmt werden. Man ist in der Generalisirungssucht soweit gegangen, zu erklären, daß bei jedem Verbrecher zur Zeit der That Wahnsinn vorgeherrscht habe und wenn man jede schlimme Begierde, jede Abschweifung vom rechten Wege, jeden bewiesenen Mangel an Unterscheidungskraft zwischen Gut und Böse, Recht und Unrecht geistigen Störungen zuschreiben will, so wäre man versucht, dem theoretischen Theile der Behauptung Recht zu geben, obwohl man sich gegen ihre Verwendung in der Praxis stark sträuben dürfte, da alsdann jede Bestrafung aufhören müßte. Man geht eben mit solchen Behauptungen viel zu weit, weil man fortwährend bestrebt ist, Alles unter Einen Hut zu bringen und alle Menschen in ein und dasselbe System zu zwängen.

Die Natur des Verbrechers, sowie des Verbrechens giebt einzig und allein Aufschluß über die augenblickliche Zurechnungsfähigkeit. Man wird mit Leichtigkeit aus dem zeitherigen Leben des Angeschuldigten Schlüße auf seinen geistigen Zustand ziehen können und aus dem verbrecherischen Akte selbst kann bestimmt werden, ob derselbe sorgfältig geplant wurde, oder ob er in der Hitze der leidenschaftlichen Aufwallung geschah. Es ist wahr, daß einzelne Fälle in Folge der Verstellungskunst mancher Menschen schwieriger zu entscheiden sind, wozu noch zufällige Umstände kommen mögen, die das Ihrige zur Verwickelung einer Untersuchung beitragen, aber möglich und erreichbar ist die Entscheidung immer.

Aus Missouri wurde vor einiger Zeit ein interessanter Fall berichtet, wo ein gewisser Keller auf ärztliches Zeugniß hin von der Strafe für mehrfach begangene Diebstähle, besonders auch Kirchendiebstähle, freigesprochen wurde. Es nöthigt die Lachmuskeln zu einer kleinen Bewegung, wenn man hört, daß der Arzt sein Zeugniß namentlich auf langjährige Hämorrhoidalleiden des Angeschuldigten stützte, damit auch durchdrang und seinen Klienten von der Strafe für vierzehn verschiedene Diebstähle befreite. Wir haben neuester Zeit in der Verbrecherwelt ein anderes Beispiel, das des Grafen Chorinski in München, bei dem ebenfalls Wahnsinn als Entschuldigungsgrund angeführt, aber nicht angenommen wurde, was also den Beweis liefert, daß es auf das gesunde Urtheil der richterlichen Gewalt ankommt, ob ein Milderungsgrund statifindet oder nicht.

Bei Besprechung des Kellerschen Falles wird in mehreren Artikeln, die wir darüber lasen, die materialistische Lehre mit hineingezogen und die Behauptung aufgestellt, daß wenn man diese Lehre, welche bekanntlich die Existenz eines Geistes oder einer Seele im Menschen in Abrede stellt und das, was wir zeither mit diesem Namen bezeichnet haben, als Thätigkeit des Gehirns bezeichnet, als richtig anerkenne, jede Selbstbestimmung, also auch jedes selbstständige Urtheil anfhöre, indem der Mensch dann nichts weiter sei, als eine Maschine, die für ihre Thaten nicht verantwortlich gemacht werden kann.

Ein solches Urtheil ist äußerst einseitig und unhaltbar Ob die geistige Thätigkeit auf diese oder jene Weise erklärt wird, ändert nichts an dieser Thätigkeit selbst und ob die Seele oder das Gehirn entscheidet, was gut oder böse sei, ändert nichts an der Gültigkeit unsrer Sittengesetze. Beruht die materialistische Lehre auf der Wahrheit, so hat die Thätigkeit des menschlichen Gehirns bis jetzt alle Selbstbestimmung des Menschen bewirkt und das gesellschaftliche System aufgebaut, in welchem wir leben und es ist daher durchaus nicht klar, warum nach einer wissenschaftlichen Erklärung des geistigen Lebens im Menschen, welche mit der zeitherigen in Widerspruch steht, plötzlich ein Unterschied in den Ergebnissen dieser geistigen Thätigkeit gemacht wird. Wenn sich Geistesstörungen nach dem materialistischen System leichter und folgerichtiger erklären lassen, so kann deshalb noch nicht behauptet werden, daß alle Verbrechen straflos bleiben müssen, wenn der Materialismus Recht haben sollte, denn es ist nirgends behauptet worden, daß die Annahme einer blos stofflichen Thätigkeit im Menschen andere Pflichten, andere Erkenntniß und andere Kräfte voraussetzt. Ob also bei einem Verbrechen die Seele oder das Gehirn verantwortlich gemacht wird, bleibt sich, unsrer Ansicht nach, für den Criminalisten ganz gleich, genug daß die Verantwortlichkeit da ist und anerkannt wird,—anerkannt durch Geist oder Stoff.

— In unserer Gesammtsituation sehen wir, die fortbestehenden Schwankungen der Valuta und die unerquicklichen Zustände des Südens abgerechnet, Nichts, was eine rasche Entwickelung des Handels und der Industrie verhindern könnte, vielmehr vereinigen sich die günstigsten Umstände, der bevorstehenden Herbstsaison ein höchst befriedigendes Resultat zu sichern. Die Vertagung des Congresses befreit den Unternehmungsgeist von einem sehr lästigen Hemmschuh, auch die Hitze hat nachgelassen, die Erndte in Brodstoffen ist überaus reich und zum Theil schon eingeheims't, die Auspicien für Baumwolle bleiben, wenn wir Gerüchten über Schaden durch Regengüsse und „army worm" nicht zu leichtgläubig aufnehmen, sehr gut und andere Landesprodukte versprechen einen sehr reichen Ertrag. Dazu kommt noch, daß die Engagements unserer Geschäftswelt klein, und die Waarenvorräthe überall reducirt sind; es muß also, wie in neuester Zeit oft angedeutet, schon die Deckung des Consumtions-Bedarfs dem Herbstgeschäfte einen befriedigenden Verlauf sichern, während durch den Erndtesegen für Bezahlung unseres Imports gesorgt ist. Was die Wahl-Campagne betrifft, so glauben wir wiederholen zu dürfen, daß dieselbe weniger störend als sonst auf den Geschäftsverkehr einwirken wird, weil für den redlichen und friedlich gesinnten Bürger nur ein Stimmzettel existirt und damit dürfte auch die im Süden drohende Gefahr schwinden, oder doch wesentlich geschwächt werden. Als einen Beweis für die Gesundheit unserer commerziellen Verhältnisse ist hervorzuheben, daß die lange Geschäftsstille wenige Suspensionen zur Folge hatte; die zahlreichen Insolvenz-Erklärungen, welche vor einigen Monaten bei den Banquerott-Gerichten angemeldet wurden, hatten mit der Gegenwart wenig gemein, bezogen sich vielmehr hauptsächlich auf Firmen, die schon seit Jahren erloschen waren, jetzt aber wieder in Reihe und Glied treten können.

(N. Y. Hdlsztg.)

Unzufriedenheit in Neuschottland.

Das „Canadische Volksblatt" vom 23. Juli schreibt:

Die Neuschottländer, unzufrieden mit ihrer Stellung zur canadischen Conföderation, sind durch die Erfolglosigkeit ihrer Delegaten, die sie nach England schickten, um die Verbindung mit der Conföderation aufzulösen, noch erbitterter geworden, und es ist kaum anzunehmen, daß sie, wenigstens in ihrer Masse, jemals willige Glieder des Bundes werden. Besonders sind es zwei Zeitungen, die es sich angelegen sein lassen, die allgemeine Unzufriedenheit zu nähren, das Halifax „Chronicle" und der „Citizen." Der Eigenthümer des letztern ist ein Mitglied des Bundesparlaments. In seiner Ausgabe vom 11. sagt das „Chronicle" in einem geharnischten Artikel, daß es vorzuziehen sei, von Amerikanern, oder selbst von den jetzt stimmberechtigten Negern des Südens regiert zu werden, als von ihren Mitcolonisten (den Canadiern), die sich als so gleichgültig gegen die Rechte und Gefühle der Neuschottländer erwiesen hätten.

Der „Citizen" stimmt denselben Ton an; er spöttelt über die loyalen Demonstrationen, welche zu verschiedenen Zeiten die Bevölkerung von Neuschottland in der Vergangenheit gemacht hat, und droht mit allgemeiner Rebellion in ganz Neuschottland, wenn auf seinem Boden nur ein Tropfen Blut vergossen werden sollte, um es zu zwingen, in der Union zu verbleiben.

Nun, wir glauben nicht, daß es jemals zu dem letzteren Extrem kommen, daß Neuschottland mit dem Schwerte zum Verbleiben in der Union gezwungen werden wird; aber alle, und zwar nicht geringe Unannehmlichkeiten hätten beseitigt werden können, wenn bei der Bildung der Conföderation dem Rechte der freien Selbstbestimmung größerer Spielraum gelassen worden wäre.

— Die „Hamburger Reform" meldet: Die Sonntagsfeier und die Photographen. Vor Kurzem wurden verschiedene hiesige Photographen auf das Stadthaus beschieden, wo ihnen der Polizeiherr eröffnete, daß sie Jeder 5 Thaler Strafe zu erlegen hätten, weil ihre in den Straßen ausgehängten Schaukasten während der Predigt nicht geschlossen und die darin befindlichen Bilder sichtbar gewesen waren. Natürlich erfolgte gegen diese Anzeige ein allgemeiner Protest, da bisher noch kein Mensch hatte vermuthen können, daß etwa das Portrait des Herrn Senator Petersen, wie es an der Ecke der Börsenbrücke hängt, die Sonntagsfeier oder den Kirchenbesuch beeinträchtigen könne. Es wurde denn auch von Erhebung jener Geldbuße abgesehen, jedoch den Betreffenden aufgegeben, ihre Schaukasten mit Laden zu versehen und diese während der Predigt zu schließen, oder auf sonstige Weise die Bilder zu verhüllen. Dieses ist in Folge dessen in der Art geschehen, daß innerhalb der Kasten Rouleaux angebracht worden, welche am Sonntag Morgen heruntergezogen sind. Wir wissen nicht, in welcher Beziehung man an maßgebender Stelle die unschuldigen Photographien sabbathfeindlich gefunden hat. Betrachtet man sie, wie es kaum anders sein kann als eine zur erwähnten Zeit unzulässige Geschäftsempfehlung, so muß dieses Prinzip mit Consequenz durchgeführt werden und vielen unserer Mitbürger drohen Unbequemlichkeiten und Kosten. Denn andere Geschäftsattribute, wie sie an manchen Häusern angebracht sind und nicht leicht entfernt werden können, erscheinen dann ebenfalls am Sonntag straffällig. Der Stiefel, den ein Schuhmacher, der Hut, den ein Hutmacher an seinem Hause angebracht, das Füllhorn bei Cohn, die als „schönes Schild" bekannte Figur eines Stutzers in der Fuhlentwiete,—das Alles müßte an Sonn- und Festtagen sorgfältig verhüllt oder entfernt werden. Selbst das Schiller-Standbild müßte man unsichtbar machen, denn es könnte ja Jemand auf den unheiligen Einfall kommen, sich eine Nachbildung desselben kaufen zu wollen, und alle solche Gedanken während der Predigt niederzuhalten, ist ja wohl der Zweck einer Verfügung, welche unverhüllt in Schaukasten hängende Photographien für unvereinbarlich mit der hamburgischen Sonntagsfeier hält.

— Eine hübsche Illustration zu der österreichischen Papiergeldwirthschaft findet sich in einem am 25. Juni vor dem Troppauer Landesgerichte verhandelten Prozesse. Ein Paar Angestellte der Wiener Staatsdruckerei hatten dort eine Zehnkreuzer-Platte gestohlen und Hunderttausende von Noten fabrizirt, bis deren massenhafte Ausgabe endlich die Entdeckung herbeiführte. Im Verhör entspinnt sich nun folgender Dialog: Angekl. Wenzel „Ich hätte aus der Staatsdruckerei auch eine Guldennoten-Platte entwenden können; allein die Form dieser Platten ist eine große und dann wäre auch die Herstellung des Wasserdrucks mit Schwierigkeiten verbunden gewesen." — Präs. „Aber auch bei den Münzscheinen konnten Sie den Unterdruck nicht herstellen?" Angekl. „In der Staatsdruckerei wurden auch einmal Münzscheine im Betrage von 70 Fl. ohne Unterdruck erzeugt. Ich habe öfters Platten genommen und selbe vor den Augen aller Anwesenden in die galvanoplastische Anstalt getragen." — Präs. „Wer giebt hierzu den Arbeitern den Auftrag?" — Angekl. „Niemand. Als ich die Platte nahm, saß der beaufsichtigende Beamte dabei und sah mir zu, ohne ein Wort zu sagen; er mußte glauben, daß ich die Platte in die galvanoplastische Abtheilung trage. Ich ging mit der entwendeten Platte in das Rastzimmer, wo mein Oberrock lag; dort steckte ich die entwendete Platte unter mein Gewand und ging ruhig fort." — Präs.: „Besteht keine Vorschrift darüber, binnen welcher Zeit die Platten aus der galvanoplastischen Abtheilung wieder zu den Pressen zurückgebracht werden müssen?" — Angeklagter: „Nein." — Präs.: „Dann kann ja der Fall eintreten, daß bei den Pressen alle Platten eines schönen Tages fehlen?" — Angeklagter: „Das ist leicht möglich. Als ich die Platte entwendet hatte, wartete ich ab, ob die Beamten in der Staatsdruckerei den Diebstahl der Platte entdecken würden; hätte eine Entdeckung stattgefunden, so würde ich die Platte in die Donau geworfen haben und das ganze Unglück wäre vermieden worden. Die Entdeckung des Diebstahls geschah jedoch nicht, und so erfolgte das Unglück." — Präs.: „Sie haben eine Wohnung zur Aufstellung der Presse noch früher gemiethet, als Sie die Platte besaßen. Rechneten Sie denn mit Sicherheit auf das Gelingen des Diebstahls?" Angeklagter: „Ja wohl! Die Nachlässigkeit in der Staatsdruckerei ist zu groß!" (Sensation.)

— Gerhard Rohlf's überbringt im Auftrag von Zander, dem Landschaftsmaler aus Dessau, welcher von König Theodor zurückgehalten, zuletzt bei diesem eine Art Kriegsminister war, ein höchst werthvolles Geschenk zur Uebergabe an den Herzog von Anhalt-Dessau, auf dessen Kosten Zander nach Abessinien ging. Es ist zunächst ein Schild aus Rhinoceroshaut mit Silber vielfach ausgelegt, welcher in der Mitte die Mähne eines Löwen trägt. Ferner Kleidungsstücke mit Silber und Gold gestickt und und einen werthvollen Sattel.

— Völk-Demonstration in Immenstadt. In Immenstadt bei Kempten wehten über der Versammlung, welche dem wackeren Abgeordneten Völk eine Huldigung brachte, Fahnen mit den Farben des Nordbundes, und die Versammlung brachte ein tausendstimmiges Hoch dem Grafen Bismarck, „dem Manne, der am 18. Mai sprach, ein Appell an die Furcht werde niemals Wiederhall finden, in deutschen Herzen". Und Völk setzte an die Strophe eines Festliedes: „Wir wollen nicht von Preußen lassen" anknüpfend, mit beredten Worten und unter dem lauten Beifall der Versammlung auseinander, daß dem Staate Preußen, welcher von geringen Anfängen aus schon jetzt ein schützendes Dach bilde für 30 Millionen Deutsche, allein der Beruf und die Macht innewohne zur Neugeburt des deutschen Nationalstaates. Der Gipfel aller erdenklichen Thorheit sei es, wenn im Namen der Freiheit die Parole ausgegeben werde, „Preußen in seine Atome aufzulösen", —was sich denn freilich auch wohl selbst durch die donnerndsten Phrasen nicht machen lassen werde. Preußen verdanke man die allgemeine Wehrpflicht, die aus dem Heere den Sammelpunkt der Intelligenz mache. „Stramm" sei das preußische Staatswesen, rastlos und unermüdlich schaffe das preußische Volk; aber es werde auch von einem Staatsbewußtsein, von einem nothwendigen Selbstgefühl, von einem Begriff nationaler Würde und Ehre getragen, welche—nicht überall in gleichem Maße zu finden sei!—Darum:

Es läßt sich kurz zusammenfassen,
Wir wollen nicht von Preußen lassen!

Solche würdige, dem Kopfe und dem Herzen des biederen schwäbischen Volksvertreters Ehre machende Worte wirken denn doch tiefer und nachhaltiger auf das Volk als die abgestandenen unfläthigen Schimpfereien über den „Dünkel und die Bettelhaftigkeit" der Preußen.

— Solingen. Man verfertigt hier soeben einen prachtvollen Säbel, der für den kaiserlichen Prinzen von Frankreich bestimmt ist. Auf einer Seite der Klinge sind die Namen: „Napoleon, Eugen, Louis, Jean, Joseph," und auf der andern die Worte: „On parlera de sa gloire" (Man wird von seinem Ruhme sprechen,) eingradirt.

König Theodor's Hofhaltung.

Als der Anglo-Egypter Hormuzd Rassam nach Abessinien entsandt wurde, um den Consul Cameron und dessen Mitgefangenen die Freiheit zu erwirken, begleiteten ihn der Lieutenant Prideaux und Dr. Blanc, welche dann auch bald sein Schicksal theilten, da sie vom Könige Theodor der Haft überantwortet wurden. [illegible]

— Heinrich Wilhelm Pabst, k. k. Hofrath, [illegible]

— Chicago, 30. Juli. Am vorigen Samstag ereignete sich in der [illegible] Washington Straße ein schrecklicher Vorfall. [illegible]

— Die Buchbinder in New York haben am 27. Juli einen Strike [illegible]

— Einem neuerdings erschienenen Blaubuch zufolge wurden im Jahr 1867 18 Sclavenschiffe mit 333 Sclaven an Bord [illegible] „Wasp", „High-flyer", „Lyra" und „Penguin", [illegible] Afrika's wurde [illegible] „Speedwell", eine Brig mit 96 Sclaven an Bord.

Germania Lebens-Versicherungs-Gesellschaft,
No. 90 Broadway, New York.
Hugo Wesendonck, Präsident.

Die Germania
ist die einzige in den Ver. Staaten existirende Deutsche Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.
Activa: $2,500,000.
Jährl. Einkommen: $1,250,000.
Zahl der Policen: 16,000.
Betrag der Versicherungen: $26,000,000.
Dividenden jährlich in Baar.
Moritz Saz, General-Agent.
No. 57 Nord-College Straße.

Geo. P. Rowell & Co. 40 Park Row, N.Y.

Verlangt:
[illegible]
Expedition der Staatszeitung.

Dr. R. Knafft,
Praktischer Arzt und Geburtshelfer,
Germantown,
Ecke Summer und Jefferson Straße, Nashville, Tennessee.

Remington's

Feuer-Waffen.
Verkauft an den Handel im Allgemeinen.
Liberaler Rabatt an Verkäufer.
200,000 der V. St. Regierung geliefert.
[illegible]
E. Remington & Sons, Ilion, N. Y.

Bruchbänder!
Dr. A. O. Forsberg,
No. 5 Ost Vierte Straße, Cincinnati, Ohio.
Verfertiger von Bruchbändern zur Heilung der Brüche.
[illegible]

Deutsche Schule.
[illegible]
No. 209 Nord-Market Straße.

W. Bassow,
Wein- und Bier-Salon,
Franklin Pike.

Stacey Haus,
Church-Straße, Nashville.
[illegible]

Wm. Long,
No. 15 Locust Straße,
Nashville, Tennessee.
Wagenbauer u. Schmied.

„Ladies Bazaar."
64 Nord-College-Str., 64
[illegible] Schnitt- und Weißen Waaren, [illegible] feinen Bändern. Calicoes und Domestics [illegible]
L. Berman, 64 Nord-College Straße.

Bekanntmachung an Waaren-Versender.
[illegible]

Nashville und Nordwestern Bahn.
[illegible]

Tennessee Ländereien zu verkaufen.
Thos. Walker,
(von Indiana Co., Pa.)
McMinnville, Warren Co., Tenn.
[illegible]

Land-Verkauf.
Bekanntmachung.
[illegible]
Wm. G. Montgomery

Zu verkaufen:
Einige der berühmten „Jenny Lind Bagatelles"
Näheres in der Office der Staatszeitung.

Oefen, Blechwaaren und Hausgeräthschaften.
Neuer Ofen-Store.
[illegible]

Robert Park,
Grundeigenthums- und Collections-Agentur,
McMinnville, Tenn.
[illegible]

Neuer Lagerbier-Keller.
Schäfer & Pause

empfehlen allen Freunden und dem Publikum ihren [illegible] Lagerbier-Keller,
Nr. 74 Cherrystr., Colonnade-Gebäude.
[illegible]

Louis Mayer's Neuer Salon.
[illegible]
Bier- und Wein-Salon,
No. 23 Cedar Straße.
Louis Mayer.

C. H. Miller,
Polsterer und Matratzen-Macher,
No. 9 College Straße, Nashville, Tenn.
[illegible]

Mehl-Säcke.
Ungebleichte und gebleichte leinene und papierne Mehl-Säcke.
[illegible]
Edw. S. Jones,
No. 15 Süd-Market Straße.

L. Huth,
Fort Negley Bäckerei,
291 Süd Spruce Straße,
Weißbrod, Roggenbrod, Butterkuchen, Kaffeekuchen, etc.
L. Huth.

Etablirt 1858!

R. D. Blum, Graveur.
No. 100 Nord-College Straße, Nashville, Tenn.
[illegible]